Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 81 | Dresden, Montag den 6. April 1925 | 36. Jahrg.

Die zwei Lager

Drei Tage Hindenburg

In den letzten drei Tagen hat im Reichsblock ein Hindenburg-Akt gespielt, über den die Jarres-Blätter behutsam und in betretenem Tone berichten. Der Vorsitzende des Reichsblocks, Herr v. Loebell, erklärte noch am 26. März: „Ich wiederhole nochmals mit aller Bestimmtheit, daß die Aufstellung von Dr. Jarres für den ersten und zweiten Wahlgang vom dem Reichsblock einmütig erfolgt ist . . . ." Wir wissen nicht, was man auf der Gegenseite nun eigentlich „einmütig" nennt, denn Herr Jarres ist nach seiner siegreichen Niederlage vom 29. März bis heute noch nicht wieder offiziell nominiert worden, dagegen hat das Suchen nach einem andern reaktionären Sammelkandidaten eigentlich seit Beginn des Wahlkampfes im Reichsblock nie aufgehört. Die letzte Idee war Hindenburg. Herr Schlange (Schöningen) griff sie auf und fuhr zu dem ehemaligen Generalfeldmarschall nach Hannover. Hindenburg erklärte sich prinzipiell zur Annahme der Kandidatur bereit, sofern alle Parteien des Reichsblocks seine Aufstellung wünschten. Neue Verwirrung im Loebell-Ausschuß. Abstimmung am Sonnabend. Für Jarres erklärten sich noch drei Stimmen, auf Hindenburg fielen neun.

Heute liest man in den Blättern der Rechten schon wieder, daß Hindenburg nun doch abgelehnt habe. Am Dienstag werden die deutschnationalen Vertreter beschließen, am Mittwoch wird die Entscheidung im Reichsblock fallen und man wird also wahrscheinlich noch vor Ostern erfahren, ob Herr Jarres wieder aufgestellt wird. Die Blätter der Rechtsparteien erklären das zwar für sicher und nur noch als einen „Akt von formaler Bedeutung", Herr Jarres aber wird das Gefühl haben, daß nicht einmal in formaler Hinsicht mit ihm anständig umgesprungen wurde. Es heißt sämtliche Eckenbesen beleidigen, wenn man sagt, der Reichsblock sei mit Herrn Jarres wie mit einem Eckenbesen umgegangen. Nein, er wurde schlechter behandelt. Der Reichsblock hat Herrn Jarres einfach für die Oeffentlichkeit lächerlich gemacht und soblamiert, daß Herr Jarres eine weitere Kandidatur ablehnen müßte, wenn er sich noch den nötigen Sinn für Würde bewahrt hat. Wir denken dabei gar nicht an das Maß von Würde, das man von einem deutschen Reichspräsidenten verlangen müßte. Schon was ihm von den Seinen im ersten Wahlgang geboten wurde, übersteigt das für einen anständigen Politiker erträgliche Maß. Zur Geringschätzung kommen jetzt Treubruch und Verhöhnung.

Wir reden hier nicht von Hindenburg und seinen Fähigkeiten. Er genießt in breiten Kreisen des deutschen Volkes als alter Veteran des Weltkrieges allerhand Sympathien und Hochachtung, für einen Politiker jedoch hat ihn nie jemand gehalten. Soweit er politisch hervorgetreten ist — Erklärungen für Ludendorff, Teilnahme an politischen Demonstrationen —, bewies er immer ein stupendes Maß politischer Unfähigkeit und Mangel an Blick für das öffentliche Leben. Wir reden hier auch nicht von Jarres' politischer Mittelmäßigkeit, sondern es bleibt nur festzustellen, mit welcher Hilflosigkeit die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die ihnen benachbarten Reaktionäre in den zweiten Wahlgang hineinkutschieren. Ihre Suche nach dem großen Mann war ebenso ehrlich, wie durch die Resultate der Mangel an hinreichenden Politikern in diesem Lager auffällig wird. Welche Wählerschichten können zu diesen Parteien noch Vertrauen haben, wer könnte je einer Koalition von Stresemann bis zu den Vertretern der Mörderorganisation sein Schicksal anvertrauen?

Wir sagen damit nicht, daß etwa die Parteien der Weimarer Koalition alle Weisheit gepachtet hätten. Wir wissen von den Gegensätzen im republikanischen Lager, wir haben sie mehrfach gekennzeichnet und möchten die darüber nötige Klarheit auch durch einen gemeinsamen Kampf nicht trüben lassen. Nur dann haben wir das Recht, Phrasenkomödien zu brandmarken, wie sie im gegnerischen Lager an der Tagesordnung sind. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß uns Marx in verschiedenen Punkten nicht als ein Garant der Forderungen erscheint, die das republikanische, demokratische und sozialistische Deutschland an einen Reichspräsidenten stellen muß. Wir betonen auch heute noch einmal, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft für einen republikanischen Sammelkandidaten wie etwa Dr. Wirth überzeugter an die Urne gegangen wäre. Aber in geistiger, menschlicher und politischer Hinsicht gilt Marx als ein Mann, dem Herr Jarres nicht das Wasser reichen kann. Das Londoner Abkommen ist zum großen Teil sein Werk, und das Ausland spricht von ihm in erheblich hochachtungsvolleren Tönen als von Jarres, dem Versackungspolitiker. Und bei allen zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu kulturellen und sozialen Fragen bestehenden Verschiedenheiten wäre in ihren Verhandlungen und Beschlüssen ein Wirrwarr nicht möglich gewesen, wie ihn der schwarzweißrote Reichsblock aufweist, seit er überhaupt besteht.

*

Die Frankfurter Zeitung, die sich immer durch ein wachsames republikanisches Gewissen ausgezeichnet hat, nimmt ausführlich zu der Sammelkandidatur Marx mit allem Für und Wider Stellung und sagt zum Schluß:

Ernsthafter sind unzweifelhaft die inneren Schwierigkeiten einer Kandidatur Marx für viele demokratisch und liberal gesinnte Anhänger der Republik. Jeder von uns hat in sich selbst etwas durchkämpfen müssen, bevor er sich mit dem Gedanken abfand, dem Schulpolitiker Marx seine Stimme zu geben und zu helfen, daß er an die Spitze des Reiches gestellt werde. Denn Herr Marx ist nicht nur Vorsitzender der Zentrumspartei. Er ist jahrzehntelang der Vorkämpfer der katholischen Schule gewesen.

Die erste Ueberlegung: alle unsre politischen Freunde, alle überhaupt, die Herrn Marx persönlich und politisch kennengelernt haben, stimmen überein in dem Urteil, daß es kaum einen Menschen gibt, von dessen Vertrauenswürdigkeit und Gewissenhaftigkeit sie so fest wie von der seinen überzeugt sind. Man darf vielleicht einmal ganz offen aussprechen, daß gegenüber manchen andern Zentrumspolitikern, mit Recht oder Unrecht, dies nicht die allgemeinherrschende Einstellung ist. Gegenüber Marx jedoch ist die Beurteilung seines Charakters vollkommen einhellig. Auf der Londoner Konferenz des vergangenen Jahres hat sich ja auch gezeigt, ein wie wertvolles außenpolitisches Aktivum seine Persönlichkeit deshalb für uns bedeutet. So darf man auch das Vertrauen haben, daß er selbst als Erwählter nicht der Zentrumspartei, sondern als Vertrauensmann aller verfassungstreuen Parteien, seine Stellung niemals für eigene Parteizwecke ausnutzen wird. Zum Zweiten kann man sich nicht der Ueberlegung verschließen, daß gerade das Amt des Reichspräsidenten sehr wenig Handhaben bietet, um kulturpolitische oder kirchenpolitische Ziele zu verfolgen.

Zum Dritten aber muß heute, da wir eben erst in den Anfängen der Befestigung unsers Staates und des ganzen Wiederaufbaues stehen, die Notwendigkeit unsrer Gesamtstaatspolitik allem andern voranstehen . . . Dies zu erreichen, gab es keinen andern Weg als den Zusammenschluß der republikanischen Parteien, gibt es jetzt keinen andern Weg als den Sieg dieser Parteien am 26. April.

Wir sind zwar der Meinung, daß ein andrer Weg und eine andre Sammelkandidatur möglich gewesen wären, wenn vor allem auch die Demokraten den nötigen festen Willen nach einem linksstehenden Republikaner bekundet hätten. Nachdem jedoch in Preußen die Würfel für Otto Braun als Ministerpräsident gefallen sind, und die Mehrheiten der sozialdemokratischen Instanzen die Sammelkandidatur Marx für den zweiten Wahlgang angenommen haben, heißt es auch für diejenigen in der Sozialdemokratie Disziplin zu halten, die den sozialdemokratischen Sammelkandidaten nach dem Sieg vom 29. März für das Selbstverständliche angesehen hätten. Marx ist der Vertreter des republikanischen Lagers. Jarres — oder wer von wen man sich rechts drüben endlich entscheiden wird — der Vertreter der Reaktion. Das sind nunmehr die zwei Gesichtspunkte, nach denen sich auch die sozialdemokratische Wählerschaft am 26. April entscheiden muß.

*

Marx' Programm

Für die Republik — Für Völkerverständigung

SPD. Am Sonnabend versammelten sich die Vertreter der im Volksblock vereinigten Parteien zur Besprechung der technischen Vorbereitung der Wahl. Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx erklärte sich in dieser Sitzung nochmals zur Annahme der Reichspräsidentschafts-Kandidatur dankend bereit und erklärte u. a.:

„Mein Entschluß, mich für die Wahl des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, ist mir nicht leicht geworden. Die hohen Aufgaben, mit denen das deutsche Volk in der Reichsverfassung den Reichspräsidenten betraut hat, erfordern vom Inhaber dieses Amtes höchstes Verantwortungsgefühl und treueste Pflichterfüllung. Ich danke den deutschen Männern und Frauen, die zu mir das Vertrauen haben, daß ich meine ganze Kraft ohne Rücksicht auf meine Person und irgendeine Partei für das Wohl von Volk und Reich einzusetzen bereit bin. Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amt des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und Pflichten erwachsen. In freiem Entschlusse, zu dem sich das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch in kraftvoller Selbsthilfe aufgerafft hat, bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaate, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern. Auf diesen Grundfesten der Verfassung soll sich in Freiheit und gegenseitiger Duldung unser nationales, wirtschaftliches und kulturelles Leben entfalten. Unser aller Streben muß darauf gerichtet sein, das öffentliche Leben rein zu halten und vor Zersetzung seiner inneren Kräfte zu bewahren.

Diesem Ziele werden wir näher kommen, je mehr es uns gelingt, unser ganzes öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Gesinnung und sozialem Geiste zu durchdringen. Fühlen wir uns alle wirklich innerlich miteinander verbunden als ein Volk, dem in seiner tausendjährigen Geschichte Glück und Leid in reichstem Maße zuteil geworden ist und das sich jetzt wieder einmal aus tiefer Not zu neuer Geltung und Größe emporringen muß, dann werden wir uns auch über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze sowie über alle Unterschiede des Glaubens und der Weltanschauung hinaus gern und freudig die Hände reichen.

Wie ich Ziel und Wege der deutschen Außenpolitik sehe, darüber habe ich durch meine Arbeit im Dienste des Reiches volle Klarheit geschaffen. Das deutsche Volk will die Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhafter Weltbefriedung, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daransetzen, daß der Bevölkerung der noch besetzten Gebiete die endliche Freiheit und daß allen unsern Volksgenossen das Recht der staatlichen Selbstbestimmung zugestanden wird, das andre Völker für sich in Anspruch nehmen."

*

Berlin, 6. April. (Eig. Funkspruch.) Der Kandidat des Volksblockes hat dem Berliner Berichterstatter der Wiener Neuen Freien Presse erklärt, daß er als Reichspräsident die Politik fortsetzen werde, die er als Reichskanzler begonnen habe. Die Verhandlungen mit der Entente über die Räumung des besetzten Gebietes und über die Lösung des Sicherheitsproblems, die gegenwärtig geführt werden, sollen fortgehen. Ferner sei der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ins Auge zu fassen, wenn er sich in einer für Deutschland würdigen und deutschen Interessen gerechtwerdenden Weise vollziehen kann. Als seinen höchsten Grundsatz bezeichnet Marx die Toleranz. Er werde niemals Fortschritten im Schulwesen ein Hindernis bereiten oder die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung beschränken lassen.

*

Wirths Agitationstour

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, der von den verschiedensten Seiten als Präsidentschaftskandidat warm empfohlen worden war, wird nach den Osterfeiertagen in den verschiedensten Städten Deutschlands Wahlversammlungen für Marx abhalten. Er beabsichtigt u. a. in Berlin, Hamburg, Kiel, Königs-

Ein unerhörter Skandal!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

H. F. Der monatelange Kampf gegen die von Rechtsparteien und Zentrum veranlaßte Verschandelung der Grundschule fand in der Plenarsitzung am Freitag den Abschluß. Monatelang hat das zähe Ringen der Linksparteien unter Führung der Sozialdemokratie im Ausschuß und im Plenum des Parlaments gegen den Plan der Schulreaktion gedauert. In der letzten entscheidenden Sitzung platzten die Geister noch einmal heftig aufeinander. Mit allen möglichen Mitteln der Geschäftsordnung setzte die Linke noch einmal alle Hebel zur Verhinderung oder Hinausschiebung des Gesetzes in Bewegung, ohne an dem Ausgang der Sache schließlich etwas ändern, das heißt die Annahme der Vorlage der Mehrheit des Ausschusses verhindern zu können.

Geradezu unerhört in dieser parlamentarischen Kampagne ist die Haltung der Reichsregierung. Während ein Vertreter der preußischen Regierung schon zur zweiten Lesung in einer sehr ausführlichen schriftlich formulierten Erklärung die schweren Bedenken gegen die geforderte Verschlechterung mit Nachdruck hervorhob, auch in der dritten Lesung noch einmal im gleichen Sinne entschieden zur Sache sprach und besonders auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung hinwies, schwieg die Reichsregierung, wie bisher, weiter!

Dieses Verhalten löste schließlich auf der gesamten Linken große Empörung und Verwunderung aus, dem besonders unser Redner, Genosse Löwenstein, schärfsten Ausdruck verlieh. Die Rechte arbeitete schließlich mit Schlußanträgen. Darauf stellte die Sozialdemokratie den Antrag, die Entscheidung über die Vorlage so lange auszusetzen, bis sich die Reichsregierung geäußert habe. Da der Antrag die nötige Unterstützung von 30 Abgeordneten fand, mußte dieser Antrag zur Debatte gestellt werden. Nunmehr befolgten Rechte und Zentrum die Taktik, ebenso zu schweigen wie die Regierung, die mit den heftigsten Vorwürfen von links bombardiert wurde. Die Stimmung des ganzen Hauses war sehr erregt. Es hagelte Zwischenrufe von allen Seiten. Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gierig, der von Anfang an anwesend war, schwieg konsequent weiter. Er hatte sich also lediglich als Horchposten etabliert und sah sich die ganze Situation mit gelassener Ruhe an. Dieses Verhalten spottet in der Tat jeder Beschreibung; es ist ein Hohn auf parlamentarische Formen. Um so mehr, als sich die Reichsregierung auch während der vielen und langen Verhandlungen im Ausschuß ebenso verhalten hat! Sie hat durch ihr Verhalten sehr stark mit zu dieser Zuspitzung des Kampfes beigetragen, was uns rein parteipolitisch genommen nur lieb sein könnte, aber um der Sache willen nicht gebilligt werden kann. Das Verhalten der Reichsregierung bedeutet eine dreiste Provokation aller der zahlreichen Kreise, die eine Verschlechterung der Grundschule für ein großes Vergehen zum Schaden der Schule halten!

Im letzten Augenblick noch, als inzwischen der Minister herbeigerufen worden und erschienen war, löste sich endlich der Bann ihres Schweigens. Der Sturm der Entrüstung und der starke Druck von links hatten schließlich doch dieses Ergebnis gezeitigt. Die Regierung ließ sich also förmlich zwingen! Die Erklärung, die nunmehr nicht der anwesende Minister, sondern der Ministerialdirektor abgab, war völlig nichtssagend. Sie besagt im wesentlichen, daß diese Regierung den Ball auffangen wird, den ihr die Reaktion hier zuwirft. Sie wird mitmachen! Der Schulkampf ist damit nicht beendet, sondern er ist mit diesem Vorgang auch für die nächste Zukunft mit einer eindrucksvollen Aktion eröffnet!

Man versteht gerade an diesem Vorfall nun auch sehr gut, warum das Reichsministerium des Innern dem sozialistischen Staatssekretär Schulz das Referat weggenommen und es dem als Schulreaktionär bekannten obengenannten Ministerialdirektor übertragen hat. Der Mann hat in diesem Fall die Feuerprobe dafür bestanden, daß er der rechte Mann am rechten Platze für die Förderung der Interessen der Schulreaktion ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250406/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG